Zeitschrift: Schweizer Ingenieur und Architekt

Herausgeber: Verlags-AG der akademischen technischen Vereine

Band: 111 (1993)

Heft: 43

Artikel: Wirtschaft: Herausforderungen und Chancen: wichtige Fragen auch für den Ingenieur

Autor: Gutmann, Manfred

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-78263

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

ASIC-Artikelreihe: Neuzeitliche Aufgaben

Wirtschaft: Herausforderungen und Chancen

Wichtige Fragen auch für den Ingenieur

Der bereits drei Jahre dauernde konjunkturelle Abschwung hat strukturelle Schwächen der Schweizer Wirtschaft zum Vorschein gebracht. Zugleich ist im internationalen Vergleich eine relative Verschlechterung der schweizerischen Rahmenbedingungen auszumachen. Noch verfügt aber unser Land über zahlreiche Standortvorteile, die es zu erhalten und mittelfristig gar wieder auszubauen gilt. Dazu sind jedoch dringend wirtschaftspolitische Reformen erforderlich, die allerdings mit weiteren strukturellen Anpassungsprozessen verbunden sein werden.

Hartnäckige Rezessionsphase

Die Schweizer Wirtschaft bietet gegenwärtig ein widersprüchliches Bild. Positiven Meldungen über glänzende

VON MANFRED GUTMANN, ZÜRICH

Unternehmensabschlüsse vorwiegend multinationaler Konzerne oder über einen fortgesetzten Zinsrückgang stehen immer häufiger negative Schlagzeilen gegenüber. Neue Rekorde bei der Zahl der Konkurse und der Arbeitslosen jagen sich in beängstigendem Rhythmus. Dramatisch – jedenfalls für schweizerische Verhältnisse – ist insbesondere die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. War Arbeitslosigkeit bei uns lange Zeit ein Fremdwort, schnellte die Zahl der Arbeitslosen innert zweier Jahre auf knapp 170 000 Stellensuchende empor. Heute nähert sich die Arbeitslosenrate in der Schweiz mit bereits 4,7% überraschend schnell dem Niveau anderer Industrieländer. Ein Ende des rasanten Anstiegs ist vorerst nicht in Sicht. Auch mittelfristig sind die Aussichten düster: Selbst bei einer Konjunkturerholung werden wir in absehbarer Zukunft wohl mit einer bis vor kurzem nicht für denkbar gehaltenen Sockelarbeitslosigkeit von 3 bis 4% leben müssen (Bild 1).

Konjunkturelle und strukturelle Ursachen

Die Ursachen für diese alarmierende Entwicklung sind komplex und vielschichtig. Auslöser war sicher der seit 1990 beobachtbare konjunkturelle Einbruch der Schweizer Wirtschaft. Er ist im wesentlichen auf das geldpolitische Bremsmanöver im Gefolge der konjunkturellen Überhitzung Ende der 80er Jahre und neuerdings auch auf das verschlechterte globale Wirtschaftsklima zurückzuführen. Der im Vergleich zu früheren Rezessionen markant stärkere Anstieg der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosigkeit ist aber allein mit konjunkturellen Ursachen oder veränderten institutionellen Faktoren (z.B. deutlich höheren Meldequoten von stellenlosen Ausländern und Frauen) nicht zu erklären. Zwar ist die gesamtwirtschaftliche Aktivität in der Schweiz seit 1991 rückläufig. Verglichen mit den Rezessionen der 70er und 80er Jahre ist der momentane konjunkturelle Wachstumseinbruch aber als relativ bescheiden einzustufen. Die rezessiven Tendenzen haben hingegen ausgereicht, um durch die wirtschaftliche Schönwetterperiode der 80er Jahre weitgehend verdeckte strukturelle Schwächen schonunglos ans Tageslicht zu bringen. Der Gesundheitszustand unserer Volkswirtschaft hat sich – von vielen unbemerkt – seit Jahren laufend verschlechtert. Viele Schweizer Unternehmer – allen voran die Exporteure – haben diese Gefahr erkannt und rechtzeitig entsprechende Therapiemassnahmen eingeleitet. Bei anderen, vorwiegend inlandorientierten Firmen und Branchen hat der Strukturwandel erst eingesetzt oder steht noch bevor.

Schweizer Unternehmen wachsen im Ausland

Augenfälligstes Merkmal dieses forcierten Strukturwandels ist die Tatsache, dass zwischen 1985 und 1991 schweizerische Unternehmen der verarbeitenden Industrie im Inland per saldo 8000 Arbeitsplätze abgebaut, im Ausland hingegen 266 000 neue Stellen geschaffen bzw. durch Firmenkäufe erworben haben. Heute beschäftigen Schweizer Unternehmen der verarbeitenden Industrie mit rund 800 000 Arbeitnehmern im Ausland bereits mehr Arbeitskräfte als in ihren inländischen Betriebsstätten. Bei den Schweizer Dienstleistungsunternehmen zeichnet sich in jüngster Zeit – wenn auch in deutlich gemilderter Form – ein ähnlicher Trend ab (Bild 2).

Diese Entwicklung ist massgeblich als Antwort der Schweizer Wirtschaft auf die seit einiger Zeit zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft zu verstehen. Der Abbau von Handelshemmnissen, die steigende internationale Verfügbarkeit technischer Neuerungen und rasante Fortschritte in der

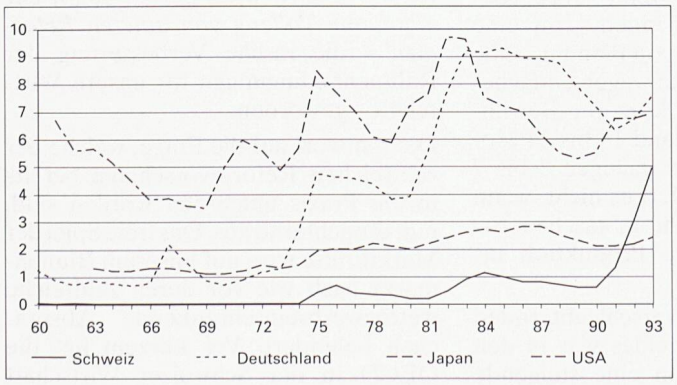

Bild 1. Arbeitslosenquoten in %

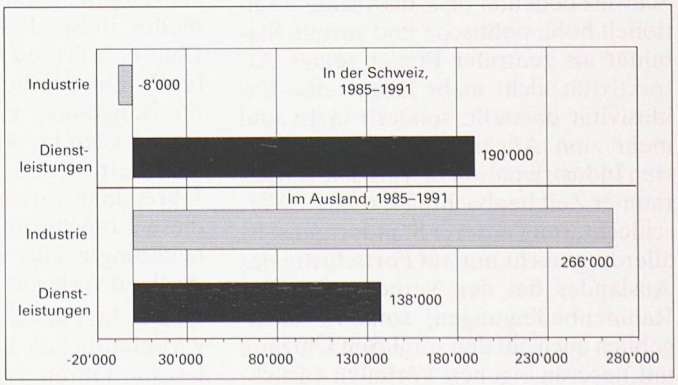

Bild 2. Schweizer Unternehmen wachsen im Ausland – Veränderung der Beschäftigten

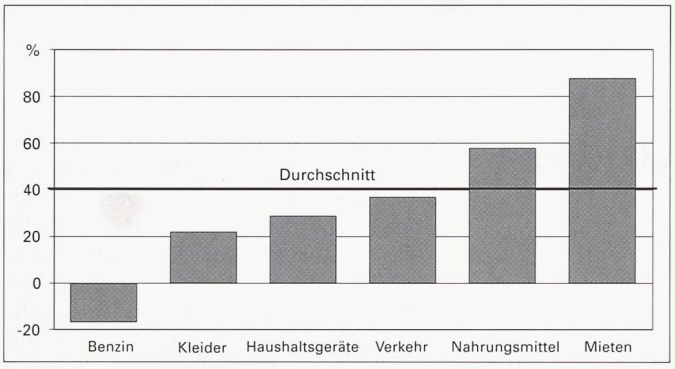

Bild 3. Preisunterschiede: Schweiz – EG (Konsumgüter)

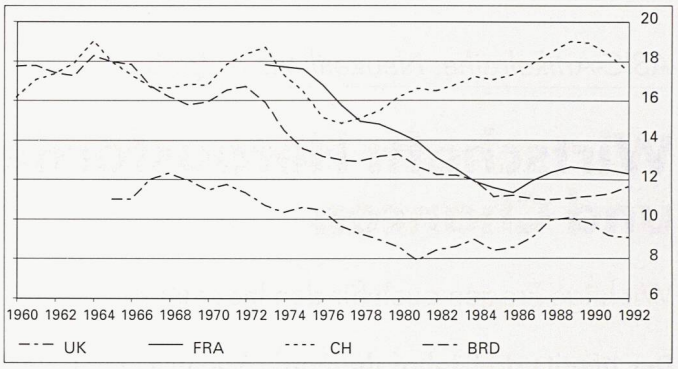

Bild 4. Bauinvestitionen (real): Anteil am Bruttoinlandprodukt in %

Informatik sowie in der Kommunikationstechnologie haben die Mobilität der Unternehmen erhöht und zu einer fortschreitenden Globalisierung der Märkte geführt. Parallel dazu hat sich der internationale Wettbewerbsdruck deutlich verschärft. Das Auftreten neuer Konkurrenten aus dem fernen Osten oder – heute erst in Ansätzen sichtbar – aus dem Kreis der ehemaligen Ostblockstaaten hat diesen Prozess zusätzlich beschleunigt. In diesem veränderten Umfeld hat die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen der einzelnen Volkswirtschaften für *Standortentscheide* international tätiger Unternehmen und damit die Konkurrenz zwischen den nationalen Wirtschaftsstandorten stark zugenommen.

Verschärfter Standortwettbewerb

Daher hat die Mehrheit der westlichen Industrieländer seit einiger Zeit eine wirtschaftspolitische Stossrichtung eingeschlagen, die sich – in unterschiedlicher nationaler Ausprägung – mit den Begriffen *Deregulierung und Liberalisierung* umschreiben lässt. Damit wurde und wird noch ein Revitalisierungsprozess eingeleitet, der trotz hoher Arbeitslosenzahlen von einer breitabgestützten Stärkung der politischen Stabilität und des sozialen Friedens begleitet war. Für den Wirtschaftsstandort Schweiz bedeutet dies, dass seine traditionell hohe politische und soziale Stabilität als zentraler Pfeiler seiner Attraktivität nicht mehr länger eine Exklusivität darstellt, sondern mehr und mehr zum Allgemeingut der wichtigsten Industrienationen wird. Die seit geraumer Zeit beobachtbare relative Verschlechterung unserer Standortgunst ist allerdings nicht nur auf Fortschritte des Auslandes bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen, sondern massgeblich auch auf den sorglosen Umgang mit unseren eigenen Vorteilen zurückzuführen. Stichworte wie grosse *Regulierungsdichte* und hoher *Kartellisierungsgrad,* zunehmende *Anspruchsinflation,* mangelnde *Flexibilität des Arbeitsmarktes* oder Verschlechterung der *Staatsfinanzen* weisen auf ein breites Spektrum von Schwachpunkten hin.

So ist etwa das steuerliche Umfeld von Unternehmensaktivitäten in der Schweiz im internationalen Vergleich zwar nach wie vor als günstig einzustufen, doch hat die Steuerbelastung in den letzten dreissig Jahren stärker als im Ausland zugenommen. Der direkte Einfluss des Staates ist in der Schweiz mit einer Brutto-Staatsquote (Bund, Kantone und Gemeinden; inkl. PTT, SBB, AHV/IV) von rund 40% ebenfalls noch relativ gering; in Deutschland und Frankreich (je 50%), in Italien (54%) oder in Schweden (60%) spielt der Staat im Wirtschaftsgeschehen eine wesentlich grössere Rolle. Hingegen ist die indirekte Belastung unserer überwiegend kleinbetrieblich strukturierten Wirtschaft durch staatliche Vorschriften im Steigen begriffen.

Der helvetische Regulierungsperfektionismus schlägt sich nicht nur in jährlich über 3000 Seiten neuer oder geänderter Gesetze nieder, sondern trägt auch massgeblich zum wuchernden Bürokratismus in Verwaltung und Wirtschaft bei. So sollen die hierzulande überlangen Baubewilligungsprozedere schon dazu geführt haben, dass manche Bauherren anstelle der Aufrichte den Erhalt der Baubewilligung als Anlass zum Feiern nehmen! Wenn – um ein aktuelles Beispiel zu nennen – für eine Chip-Fabrik die Zeit von Planungsende bis Produktionsbeginn wegen einfacherer Baugesetze und kürzerer Bewilligungsfristen im Ausland 18 bis 24 Monate beträgt, bei uns dagegen 3 bis 7 Jahre, dann verwundert es nicht, wenn diese Branche mit ihrem raschen Erneuerungszyklus ihre Produktion ins Ausland verlagert.

Ungeachtet des sich verschlechternden wirtschaftlichen Umfeldes war in den letzten Jahren zudem eine steigende Anspruchsinflation zu beobachten, so etwa im Bereich der Arbeitslosenversicherung oder in der Boden- und Mietfrage. Obwohl solche Forderungen im einzelnen vielfach durchaus verständlich sind, führen sie in ihrer Gesamtheit zu einer spürbaren Verteuerung der inländischen Produktionsfaktoren und wirken sich damit langfristig nachteilig auf die Standortgunst der Schweiz aus. Nicht umsonst sind in der Schweiz die Preise für Konsumgüter im Durchschnitt rund 40%, diejenigen für Investitionsgüter rund 17% höher als in den EG-Staaten (Bild 3).

Schleppende «Entfesselung der Schweizer Wirtschaft»

An Vorschlägen, wie dieser schleichenden Erosion unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit begegnet werden könnte, fehlt es nicht. Unter dem Stichwort «Europaverträglichkeit» der Schweizer Wirtschaft wird der wirtschaftspolitische Nachholbedarf seit der Integrationsbotschaft des Bundesrates vor rund fünf Jahren auch ausserhalb des Zirkels der Wirtschaftsexperten rege diskutiert. Seit dem 6. Dezember 1992 hat sich der ordnungspolitische Handlungsbedarf der Schweiz noch akzentuiert. Mit dem Nein zum EWR ist eine aussenpolitische Option entfallen, der viele Wirtschaftsexperten – neben der Entwicklung der Weltkonjunktur – eine zentrale Bedeutung für unsere wirtschaftliche Zukunft zugeschrieben hatten. Um so wichtiger ist damit der *autonome Vollzug von inneren Reformen* – die rasche Verbesserung der Rahmenbedingungen für unsere Wirtschaft – geworden.

Die Antwort auf die Frage, welche der zahlreichen Reformvorschläge bereits in die Praxis umgesetzt worden sind, fällt ernüchternd aus. Das freie Spiel der Marktkräfte wird auf unserem Binnenmarkt nach wie vor durch zahlreiche wettbewerbseinschränkende Absprachen behindert. Vor kurzem hat die OECD in der Schweizer Wirtschaft mehr als 500 Kartelle oder Konventionen ausgemacht, die sich auf 90% der

Branchen	Wertschöpfung in %*	Erwerbstätige in %*	Produktivität Ø = 100
Nahrungsmittel	2,3	2,1	110
Chemie	3,8	2,1	182
Maschinen	4,2	4,4	96
Bau	7,6	9,3	82
Handel	13,1	14,7	90
Banken	8,1	3,7	223
Versicherungen	2,2	1,8	126
* Anteil am Total			Quelle: SGZZ

Bild 5. Branchenstruktur 1991

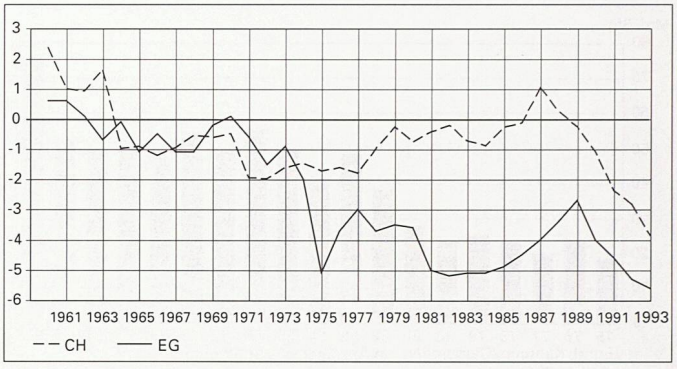

Bild 6. Staatshaushalt Schweiz und EG-Länder(Durchschnitt): Defizit bzw. Überschuss in % des Bruttoinlandproduktes

untersuchten Branchen erstrecken. Zwar hat sich in den letzten Jahren das Wettbewerbsklima auch auf dem schweizerischen Binnenmarkt verschärft: Die Kartellkommission hat – im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten – eine härtere Gangart eingeschlagen. Verschiedene Kartelle wurden aufgelöst (z.B. Bankenkonvenien, Bier-, Sachversicherungs-, Zigarettenkartell, Zementkartell per Ende 1994). Sogar die schweizerische Milch-Planwirtschaft wurde kürzlich aufs Korn genommen. Von einem eigentlichen Kurswechsel in der schweizerischen Wettbewerbspolitik kann aber bisher keine Rede sein. Noch immer regen sich starke politische Widerstände gegen jede rasche und substantielle Umsetzung der vorliegenden Revitalisierungsvorstösse, da sie *im Kern auf mehr Wettbewerb hinauslaufen* und damit die längerfristig unvermeidlichen Strukturanpassungen beschleunigen würden.

Fortgesetzte Strukturanpassung im Baugewerbe

Obwohl die Rezession gerade im Baugewerbe bereits zu einem beträchtlichen Kapazitäts- und Personalabbau geführt hat, ist hier der Strukturbereinigungsprozess noch nicht abgeschlossen. Verschiedene Kriterien lassen den Schluss zu, dass es sich beim gegenwärtigen Anpassungsprozess in der Bauwirtschaft nicht nur um ein konjunkturelles, sondern vor allem auch um ein strukturelles Problem handelt. Trotz des eingeleiteten Schrumpfungsprozesses weist die Schweiz im internationalen Vergleich immer noch eine sehr hohe Bauquote (Anteil der realen Bauinvestitionen am realen Bruttoinlandprodukt) auf. Sie betrug 1992 17,5% (Höchstwert 1989 mit 19,0%), verglichen mit beispielsweise je 12% in Westdeutschland und Frankreich oder 9% in Grossbritannien (Bild 4).

Die schwierigen topographischen Verhältnisse in der Schweiz, der hohe Ausbaustandard und restriktive Bauvorschriften reichen zur Erklärung der grossen Differenzen nicht aus. Einen Hinweis auf den «überdimensionierten» Baumarkt geben auch die Wertschöpfung und die Beschäftigung. Im Jahr 1991 erreichte der Wertschöpfungsanteil der Baubranche (Bauhaupt- und Ausbaugewerbe) an der Gesamtwirtschaft 7,6%, während sie gleichzeitig 9,3% aller Erwerbstätigen beschäftigte (Bild 5). Die Vergleichszahlen für Westdeutschland betrugen im selben Jahr 5,4% (Wertschöpfungsanteil) bzw. 6,6% (Beschäftigungsanteil). Ein (zu) hoher Anteil des Bausektors an der Gesamtwirtschaft bindet beträchtliches Finanzkapital und personelle Ressourcen. Da die Arbeitsproduktivität (Wertschöpfung je Beschäftigten) in der Schweizer Bauwirtschaft trotz der in den letzten Jahren erzielten Fortschritte «nur» 81,5% des gesamtwirtschaftlichen Durchschnitts erreicht, käme eine gemässigte weitere Redimensionierung des Bausektors und ein mittelfristig optimalerer Einsatz der freiwerdenden Kapital- und Personalressourcen der ganzen Volkswirtschaft über eine Verbesserung des langfristigen Wachstumspotentials zugute. Die Wertschöpfungs- und Beschäftigtenanteile der Baubranche in der Schweiz sind im Vergleich zu den genannten 91er Zahlen zwar bis Mitte 1993 weiter geschrumpft. Vor dem Hintergrund der weiterhin flauen Baukonjunktur dürfte der Anpassungsprozess von Strukturen und Kapazitäten der Baubranche an das verminderte Bauvolumen aber trotzdem noch nicht abgeschlossen sein.

Unflexibler Arbeitsmarkt

Die Verfügbarkeit von Arbeitskräften mit den «richtigen» Berufsqualifikationen ist eine unabdingbare Voraussetzung für eine intakte Wettbewerbsfähigkeit und die Ausnutzung neuer Marktchancen. Der schweizerische Arbeitsmarkt weist im internationalen Vergleich eine ganze Reihe von positiven Merkmalen wie etwa hohe berufliche Qualifikation, geringe Absenzenhäufigkeit, überdurchschnittlich lange Arbeitszeiten und hohe Motivation der Arbeitskräfte auf. Diese Faktoren wirken sich positiv auf das Niveau unserer Arbeitsproduktivität aus und sind damit Grundlage für das hohe Lohnniveau und den hohen Wohlstand in der Schweiz.

Eine Schwachstelle unseres Arbeitsmarktes ist hingegen seine vergleichsweise geringe Flexibilität. Da die Anforderungen an Produkte und Herstellungsverfahren einem immer schnelleren Wandel ausgesetzt sind und teure Produktionsanlagen aus Kostengründen möglichst wenig stillstehen dürfen, nimmt der Stellenwert der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt laufend zu. Eine dominierende Stellung nimmt dabei die berufliche Mobilität ein, weil sie die laufende Umstrukturierung der Wirtschaft an neue Marktbedürfnisse erleichtert und damit die Grundlage für ein langfristig hohes Beschäftigungsniveau bildet. In der Schweiz wird die berufliche Mobilität jedoch durch eine Vielzahl staatlicher und privater Eingriffe in den Arbeitsmarkt behindert. Neben den wohlbekannten «goldenen Fesseln» im Bereich der beruflichen Altersvorsorge existieren hierzulande auch zahlreiche Einschränkungen der freien Berufsausübung. Nicht immer sind diese Restriktionen mit dem Schutz der Konsumenten vor nichtfachkundigen Anbietern (z.B. im Gesundheitsbereich) begründbar; vielfach handelt es sich um blosse Massnahmen zum Konkurrenzschutz, z.B. des ortsansässigen Gewerbes vor auswärtigen Mitbewerbern.

Öffentliche Finanzen in den roten Zahlen

Mit der rasanten Verschlechterung unserer Staatsfinanzen hat ein weiterer traditioneller schweizerischer Standortvorteil gegenüber dem Ausland stark an Bedeutung verloren (Bild 6). So werden die kumulierten Defizite von Bund,

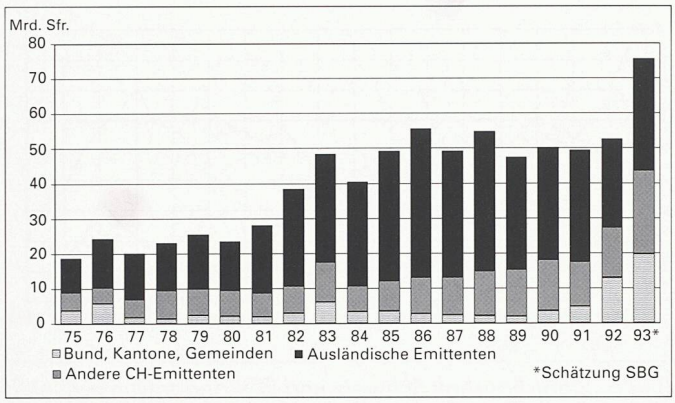

Bild 7. Emissions-Anleihen in der Schweiz

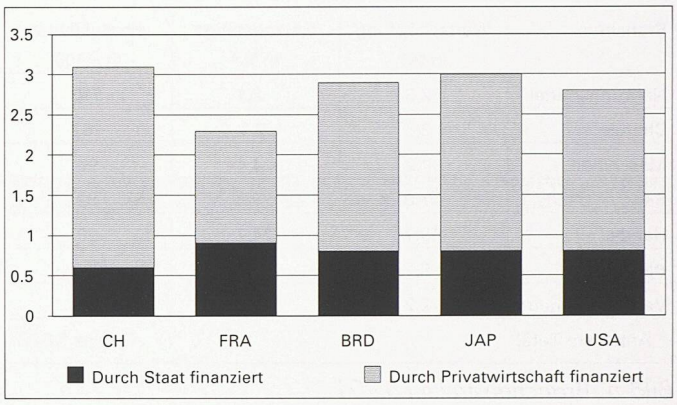

Bild 8. Forschungs- und Entwicklungs-Ausgaben: Anteil am Bruttoinlandprodukt in %

Kantonen und Gemeinden in diesem Jahr auf rund 15 Mrd. Fr. oder über 4% des Bruttoinlandprodukts (BIP) klettern, und ein Rückgang ist vorerst nicht abzusehen (Bild 6). Parallel zu dieser Entwicklung kommen in den nächsten Jahren mit der Realisierung der Bahn 2000 und der NEAT umfangreiche Belastungen auf die öffentliche Hand zu. Zudem dürften die Transferzahlungen der Sozialversicherungen weiterhin markant ansteigen. Ferner impliziert die momentan rasch ansteigende Staatsschuld zunehmende Zinszahlungen, die einen wachsenden Teil der Einnahmen binden.

Zwar sind Ausgabenüberschüsse auch in der Schweiz kein Novum. Die Finanzrechnung des Bundes zum Beispiel schloss zwischen 1971 und 1985 immer mit einem Fehlbetrag ab. Aber historisch betrachtet, stellen Defizite der gesamten öffentlichen Hand von gut 4% des BIP doch eine neue Erscheinung dar. Zudem werden sich die Effekte der aktuellen Rezession wegen der Vergangenheitsbemessung bei den direkten Steuern erst gegen Mitte der neunziger Jahre voll auswirken und die Defizite auf einem hohen Niveau verharren lassen. Deshalb besteht die Gefahr, dass die Schuldenquote weiterhin stark ansteigt, was mit negativen Auswirkungen für die Zinssätze und damit die privaten Investitionen verbunden wäre.

Bisher ist die Gesamtbeanspruchung des schweizerischen Kapitalmarktes zwar trotz des rasant steigenden Volumens öffentlicher Emissionen praktisch stabil geblieben, weil vor allem die ausländischen Emissionen deutlich zurückgingen (Bild 7). Dank der rezessionsbedingt zurückhaltenden Kapitalnachfrage der Privatwirtschaft und der gleichzeitig etwas expansiveren Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank waren bisher keine zinstreibenden Folgen durch die stark steigenden Defizite der öffentlichen Hand zu beobachten. Dies dürfte sich aber ändern, wenn die Investitionstätigkeit der privaten Wirtschaft im Zuge der konjunkturellen Erholung wieder deutlich anzieht. Dann besteht die Gefahr, dass die hohen Staatsdefizite die private Investitionstätigkeit behindern oder zu einer unerwünschten Verteuerung des knapper werdenden langfristigen Kapitals führen. Beides würde sich negativ auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer kapitalintensiven Wirtschaft auswirken.

Trümpfe nicht vergessen !

Trotz dieser Schwachstellen und Gefahren für den Wirtschaftsstandort Schweiz dürfen unsere nach wie vor zahlreichen Trümpfe im Kampf um internationale Marktanteile nicht vergessen werden. Mit Leichtigkeit finden sich auch heute noch viele in- und ausländische Unternehmer, die des Lobes voll sind über die Rahmenbedingungen, die die Schweiz bietet und sie in manchen Bereichen dem Ausland gegenüber überlegen machen. Dass der Produktionsstandort Schweiz nach wie vor eine gute Wahl ist, wird auch durch die neueste Rangliste des World Economic Forum über die internationale Wettbewerbsfähigkeit unterstrichen, in der die Schweiz im Quervergleich unter 22 Industrieländern immer noch Platz 4 (1992: 3. Rang) einnimmt und bei verschiedenen Kriterien nach wie vor ganz vorne liegt.

Hoher Bildungsstandard

Sowohl bei internationalen Managerbefragungen als auch in den Gutachten der OECD-Experten wird beispielsweise das schweizerische Bildungssystem regelmässig als qualitativ sehr gut eingestuft. Neben dem generell hohen Bildungsstandard der Schweizer Arbeitskräfte schlagen vor allem der auf dem *System der Berufslehre* basierende grosse Praxisbezug sowie die Vielfältigkeit, der dezentrale Aufbau und die hohe Reformkapazität unseres Bildungswesens positiv zu Buche. Weitere Pluspunkte sind die überdurchschnittlichen Sprachkenntnisse und die grossen Anstrengungen der Privatwirtschaft in den Bereichen der in- und externen Weiterbildung. Allerdings bringt der vielfältige und sehr heterogene Aufbau unseres Bildungssystems auch Nachteile mit sich. Die damit verbundene, geringe vertikale und horizontale Durchlässigkeit behindert sowohl die internationale als auch die innerschweizerische Mobilität der Auszubildenden.

Spitzenposition in der Forschung

Im internationalen Vergleich sehr gut schneidet die Schweiz auch im Bereich Forschung und Entwicklung ab. Mit einem Anteil von 3,1% des BIP gehört die Schweiz zusammen mit den USA, Japan, Deutschland und Schweden zu den Ländern, die in diesen strategischen Wettbewerbsfaktor am meisten Geld investieren (Bild 8). Zudem liegt der Schwerpunkt der schweizerischen Innovationen weniger im Bereich von Basistechnologien als vielmehr bei *anwendungsorientierten Neuerungen.*

Die Weiterentwicklung und Perfektionierung von Produkten und Produktionsabläufen, d.h. die Kombination von weltweit verfügbarem Wissen mit firmenspezifischem Know-how, ist eine besondere Stärke der Schweiz. Der Anteil der staatlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung ist daher relativ klein; er beschränkt sich auf einen Viertel der Gesamtausgaben. Im Unterschied zu Ländern mit einer grossen Rüstungs- und Raumfahrtsindustrie, deren Technologiepolitik nationale Interessen berücksichtigt und daher stark vom Staat getragen wird, gehen die Impulse für Forschung und Entwicklung in der Schweiz vorwiegend von den Marktbedürfnissen der Privatwirtschaft aus.

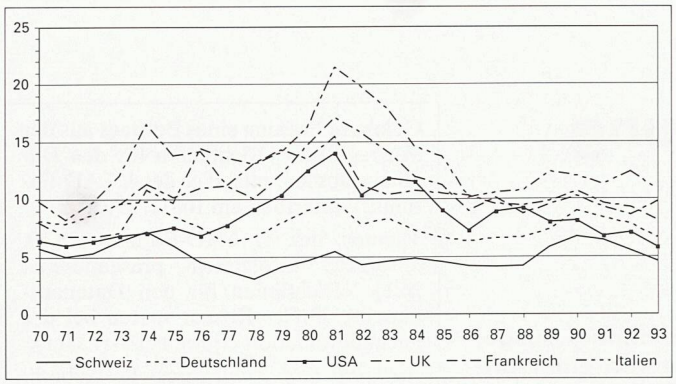

Bild 9. Zinssätze für Staatsanleihen in %

Schweizer Zinsinsel im Aufwind

Im Anschluss an den Anstieg des schweizerischen Zinsniveaus Ende der 80er Jahre hatten manche Beobachter voreilig den Niedergang der schweizerischen Zinsinsel und damit den Verlust eines angesichts unserer hohen Löhne zentralen Standortvorteils diagnostiziert (Bild 9). Die jüngste Entwicklung an den Finanzmärkten hat diese Stimmen rasch verstummen lassen. Auch das Argument, dass bei zunehmender internationaler Verflechtung der Finanzmärkte die nationalen Zinssätze sich einander angleichen müssen, ist seit den Währungsturbulenzen im Europäischen Währungssystem in den Hintergrund getreten. Mit der Rückkehr der schweizerischen Geldpolitik auf den Tugendpfad der Preisstabilität hat sich zudem unser Leistungsausweis bei der Inflationsbekämpfung wieder deutlich verbessert. Damit hat der Schweizer Franken als attraktive internationale Anlagewährung ein überzeugendes Comeback erlebt. Falls diesen Voraussetzungen weiterhin Sorge getragen wird, darf auch in Zukunft damit gerechnet werden, dass unser Zinsvorteil gegenüber dem Ausland erhalten bleibt. Er stellt zusammen mit der traditionell hohen Kapitalbildung in der Schweiz und einem überaus leistungsstarken Banken- und Finanzsektor einen bedeutenden Standortvorteil für die kapitalintensive Schweizer Wirtschaft dar.

KMU als Motor der Schweizer Wirtschaft

In der Schweiz sind *kleine und mittlere Unternehmen* (KMU) wichtige Stützen der Volkswirtschaft. Von den gemäss Betriebszählung 1991 2,44 Millionen Beschäftigten (ohne öffentliche Verwaltung und sonstige Dienstleistungen) stehen 1,67 Millionen oder rund 68% auf den Lohnlisten von KMU. Bei den rund 285 000 Betrieben beträgt der Anteil der KMU sogar 99,0 %. Bei diesen Unternehmen handelt es sich nicht nur um Handwerks- oder Gewerbebetriebe, sondern zunehmend auch um hochspezialisierte und innovative Firmen, die ihre Qualitäts- und High-Tech-Produkte in die ganze Welt exportieren. Typische Schwächen dieser Firmen wie etwa mangelnde Langfristplanung, ein nicht immer optimaler Kapitaleinsatz und teilweise unzureichende Informationen über neue Märkte werden in der Regel durch grössere Risikobereitschaft, Zuverlässigkeit, Kundennähe und flexible Organisationsstrukturen mehr als wettgemacht. So verschafft eine starke «KMU-Basis» einer Volkswirtschaft erhöhte Stabilität. Sie vermag Rezessionsphasen besser abzufangen als eine Wirtschaft mit wenigen dominierenden Grossunternehmen. Zudem darf die Bedeutung von KMU für eine dezentralisierte und regional ausgeglichene Wirtschaftsstruktur nicht ausser acht gelassen werden.

Umsetzung einer Reformstrategie

Diese nach wie vor zahlreichen Standortvorteile können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz in den letzten Jahren verschlechtert hat. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit gegen aussen durch mehr Wettbewerb im Innern – an dieser Kurzformel muss sich die schweizerische Wirtschaftspolitik in Zukunft vermehrt orientieren. Nachdem Unternehmer und Wirtschaftsexperten seit längerem zur Genüge auf vorhandene Schwachstellen hingewiesen und teilweise auch Lösungsansätze aufgezeigt haben, duldet die Umsetzung konkreter Massnahmen in die Praxis keinen weiteren Aufschub. Der rasante Anstieg der Arbeitslosigkeit auf ein für schweizerische Verhältnisse alarmierendes Niveau und die geringe Aussicht auf eine rasche Trendumkehr sind Zeichen dafür, dass es dabei nicht nur um vorübergehende konjunkturelle Probleme, sondern um die Beseitigung grundsätzlicher struktureller Mängel geht.

Das Ziel der Verbesserung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit verlangt nach Massnahmen, die wieder auf einen *ordnungspolitischen Vorsprung der Schweiz* abzielen. Dies wird vor allem in der bisher nach wie vor stark abgeschotteten schweizerischen Binnenwirtschaft mit weiteren schmerzhaften Anpassungsprozessen verbunden sein. Im Spannungsfeld neuer globaler Herausforderungen kann aber nicht der Schutz von Partikularinteressen ausschlaggebend sein, sondern die Zukunft des *Wirtschaftsstandorts Schweiz insgesamt* muss das Ziel sein. Denn eine konsequent auf grössere Markteffizienz abzielende Wirtschaftspolitik bietet die beste Voraussetzung dafür, dass wir auch künftig ein ansprechendes Wirtschaftswachstum erzielen und so über die Finanzierungsmittel verfügen, die zur Erfüllung sozialer, ökologischer und regionaler Zielsetzungen nötig sind. Wir dürfen deshalb mit anstehenden Reformen nicht zuwarten, bis wir durch den zunehmenden Druck von aussen in einem späteren Zeitpunkt – vermutlich unter schwierigeren Umständen und mit höheren Anpassungskosten – zu entsprechenden Schritten gezwungen werden.

Adresse des Verfassers: *Manfred Gutmann*, lic.oec., Schweizerische Bankgesellschaft, Abteilung Volkswirtschaft, Postfach 645, 8021 Zürich 11.

Überarbeiteter Aufsatz, gestützt auf ein Referat von Herrn U. B. Rinderknecht, Generaldirektor der SBG, gehalten anlässlich des Jubiläums zum 30jährigen Bestehen der Basler & Hofmann Ingenieure und Planer AG, Zürich.